

Kulturforum Hamburg: Für eine neue Kulturpolitik

Das Kulturforum Hamburg e.V. hat in den letzten Monaten mit drei Veranstaltungen unter dem Titel „Notstand Kultur“ gegen die Sparvorschläge des scheidenden Senats protestiert. Mit diesem Papier möchten wir nun einen weiteren konstruktiven Beitrag für eine bessere Kulturpolitik in Hamburg leisten.

Nach den kulturpolitischen Zerstörungen der letzten Monate braucht Hamburg eine Politik, die mit Ernsthaftigkeit und Leidenschaft den Dialog sucht und verlorengegangenes Vertrauen wieder aufbaut. Das Gespräch mit Kulturschaffenden und den Verantwortlichen der Institutionen ist eine wesentliche Voraussetzung. Nicht übereinander, sondern miteinander zu reden, ist die Grundlage einer funktionierenden Kulturpolitik. Gleichzeitig sollte der aktive Austausch zwischen den unterschiedlichen Künsten und Institutionen gefördert und begleitet werden, um ein Klima der Solidarität und gegenseitigen Anregung in unserer Stadt zu bewirken.

Die positiven ökonomischen Effekte dabei sind zwar willkommen, aber nicht der Motor dieser Politik! Vielmehr soll das kulturelle Angebot für alle Hamburger und Hamburgerinnen eine Möglichkeit sein, Erfahrungen zu machen, Neues zu erleben, sich mit ungewohnten Sichtweisen auseinander zu setzen und eine Alternative zum zweckgebundenen Alltag zu erleben. Auch und besonders für Migranten und sozial Benachteiligte öffnet Kultur den Horizont auf neue Möglichkeiten und eigene Ausdrucksfähigkeiten. Kultur bedeutet in diesem Sinne auch Hoffnung auf Veränderung, sie dient letztlich unserem demokratischen Gemeinwesen und darf deshalb nicht Gegenstand pauschaler Sparquoten sein.

Wir fordern:

1. Die Kulturbehörde bleibt selbstständig und erhält eine kompetente Leitung.
2. Alle Kultureinrichtungen erhalten Planungssicherheit. Ihre Zuschüsse bleiben nicht nur nominal sondern real erhalten. Mietsteigerungen und Tarifierhöhungen müssen ausgeglichen werden.
3. Die Kosten der Elbphilharmonie dürfen nicht zu Lasten anderer Kultureinrichtungen gehen. Für den künstlerischen Betrieb muss ein dem kulturellen Anspruch angemessener Zuschuss bereitgestellt werden.
4. Die Museen müssen ihren Aufgaben: Sammeln, Bewahren, Forschen und Präsentieren in vollem Umfang nachkommen können. Sie müssen entsprechend finanziert werden. Die Kürzung von 3,5 Mio € bis 2014 bei den historischen Museen muss zurückgenommen werden. Die Zusammenlegung der vier historischen Museen zu einer neuen Stiftung mit einer übergeordneten Direktion ist rückgängig zu machen oder neu zu strukturieren. Dies setzt einen intensiven Diskussionsprozess mit den Beteiligten voraus. Die Stiftungsräte aller Museen sind wieder mit externen Fachkundigen statt mit weisungsabhängigen Beamten

zu besetzen. Es sind Perspektiven für den Ausbau des Hafensemuseums zu entwickeln.

5. Wir unterstützen die Bemühungen, Karin Beier als neue Intendantin für das Schauspielhaus zu gewinnen und begrüßen die Rücknahme der angedrohten Kürzungen. Das Junge Schauspielhaus braucht eine eigene Spielstätte.
6. Die Privattheater sind weiter nach dem Ergebnis der Evaluation zu fördern. Die Kürzung wird zurückgenommen.
7. Die Bildende Kunst ist stärker zu fördern, vom Programm „Kunst im öffentlichen Raum“ über die Kunstpreise bis zu befristeten Atelier-Stipendien.
8. Kinderkultur und Jugendkultur sind stärker zu fördern, um das erklärte Ziel einer „Modellregion“ wirklich zu erreichen.
9. Das Denkmalschutzamt wird eigenes Amt und direkt der Behördenleitung der Kulturbehörde unterstellt. Gartendenkmalpflege wird Aufgabe des Denkmalschutzamtes. Das Denkmalschutzgesetz muss nach dem Prinzip „ipsa lege“ umgestaltet werden.
10. Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive sind stärker zu fördern.
11. Die Kürzung bei den Öffentlichen Bücherhallen ist rückgängig zu machen.
12. Die Förderung der freien Szene und der Off-Kultur ist zu erhöhen.
13. Wir unterstützen alle Bemühungen, Mehreinnahmen für die Kultur zu erzielen, sei es durch eine gesetzlich geregelte, sei es durch eine freiwillige Kulturabgabe oder durch die Gründung eines qualifizierten Projektfonds mit überregionaler Strahlkraft, ähnlich dem Berliner Hauptstadtfonds.